

Dringliche Motion 31

Eingang Stadtkanzlei: 3. November 2020

Möglichkeit zur digitalen Teilnahme an Sitzungen in Ausnahmefällen

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Beschlussvorlage auszuarbeiten, welche die digitale Teilnahme von Ratsmitgliedern an Sitzungen des Grossen Stadtrates in bewilligten Ausnahmefällen ermöglicht.

Die Situation um das COVID-19-Virus hat vorübergehend Parlamente lahmgelegt und/oder deren Betrieb massiv verändert und eingeschränkt. Für Mitglieder in einer Risikogruppe oder Personen, welche mit infizierten Menschen in Kontakt waren, ist die Teilnahme an Sitzungen schwierig bis nicht möglich, da sie gemäss den Empfehlungen des BAG zu Hause bleiben sollten. Entscheide im Rat können so – gerade bei umstrittenen Geschäften – massgeblich beeinflusst oder verfälscht werden.

Gemäss Art. 20 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates ist eine Anwesenheitserfassung Pflicht und eine physische Anwesenheit somit erforderlich.

Die Digitalisierung bietet hier Lösungsansätze: Via Live-Stream können Abwesende, aber aufnahme-, urteils- und beschlussfähige Parlamentsmitglieder dem Ratsbetrieb folgen und zum Beispiel passwortgesichert (mit höchsten Sicherheitsstandards) oder per Wortmeldung abstimmen. Bei entsprechender technischer Umsetzung könnten die individuellen Abstimmungen direkt in das elektronische System des Rats einfliessen und in Echtzeit im Ratssaal angezeigt werden. Zudem wären auch Voten per Videoprojektion denkbar.

Die Motion verfolgt nicht das Ziel, den Ratsbetrieb vollständig zu digitalisieren. Die traditionelle physische Versammlungsform, die nach wie vor hohe Bedeutung für unser demokratisches System hat, hat ohne Frage weiterhin Vorrang. Die Möglichkeit zur Fernteilnahme darf nur aus gewichtigen Gründen bestehen, muss bewilligungspflichtig sein und soll von der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates genehmigt werden. Gewichtige Gründe sind beispielsweise Quarantäneverordnungen, Betreuungspflichten aufgrund Quarantäneverordnungen im selben Haushalt oder das Befolgen von behördlichen Empfehlungen für Risikogruppen. In Pandemiezeiten wäre ein Parlamentsbetrieb über Live-Stream und Conferencing-Tools unter Umständen vorstellbar, dies ist aber nicht Gegenstand dieses Vorstosses.

Ohne die Corona-Diskussion in ihren Grundzügen wieder entfachen zu wollen, ist es notwendig, den Ratsbetrieb auf die Zukunft vorzubereiten und dahingehend erste Massnahmen umzusetzen. Die Mittel stehen bereit, die technischen Voraussetzungen sind gegeben. Mit dieser Motion soll die momentane Lage als Chance genutzt werden – es ist Zeit, den Ratsbetrieb weiterzuentwickeln.

Daniel Lütolf, Jules Gut, Stefan Sägesser und Judith Wyrsch
namens der GLP-Fraktion